

Weitere Gesetzgebungs- und Verordnungsprojekte

Änderung	Inkrafttreten	Inhalt in Kürze	Erlass und Medienmitteilung
Änderung des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Mäklerprovision)	01.01.2019	Umsetzung der Motion 13.3728 Pelli «Besteuerung von Provisionen für Grundstücksvermittlungen im interkantonalen Verhältnis. Gleiche Regel für alle».	Gesetz Botschaft Medienmitteilung
Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG)	01.01.2019	Teilrevision des Gesetzes zur Anpassung an das revidierte Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz), dessen revidierte Bestimmungen am 01.01.2018 in Kraft getreten sind.	Gesetz Botschaft Medienmitteilung
Änderung des Mehrwertsteuergesetzes (Versandhandelsregelung)	01.01.2019	Die Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes trat mit Ausnahme der Versandhandelsregelung (Art. 7 Abs. 3 Bst. b) am 1.1.2018 in Kraft. Da die Umsetzung der Versandhandelsregelung insbesondere bei der Post sehr aufwändig ist, wurde das Inkrafttreten um ein Jahr hinausgeschoben.	Gesetz Botschaft Medienmitteilung
Geldspielgesetz	Frühestens 01.01.2019	Das neue Geldspielgesetz wurde in der Abstimmung vom 10.06.2018 von Volk und Ständen angenommen. Es soll das Spielbankengesetz und das Lotteriegesetz ablösen. Von steuerlicher Relevanz ist insbesondere, dass inskünftig Lotteriegewinne bis 1 Mio. Franken steuerfrei sein sollen.	Gesetz Botschaft Abstimmungsunterlagen
Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (Rückerstattung)	Frühestens 01.01.2019	Der Anspruch auf Rückerstattung der Verrechnungssteuer soll trotz fehlender Deklaration in der Steuererklärung nicht mehr verwirken, wenn nachdeklariert wird oder die Steuerbehörde die Leistung aufrechnet. Vorausgesetzt ist, dass dies vor Ablauf der Einsprachefrist der Veranlagung erfolgt und die Nichtdeklaration in der Steuererklärung fahrlässig war.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung

Änderung	Inkrafttreten	Inhalt in Kürze	Erlass und Medienmitteilung
Bundesgesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen und den Informationsaustausch für Steuerzwecke	Voraussichtlich 01.10.2019	Am 26. Juli 2016 hat das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) den Bericht zur Phase 2 der Länderüberprüfung der Schweiz veröffentlicht. Der Bericht enthält verschiedene Empfehlungen betreffend die Transparenz juristischer Personen und den Informationsaustausch auf Ersuchen. Mit dem Bundesgesetz sollen die zur Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum erforderlichen Massnahmen ergriffen werden.	Vernehmlassungsvorlage Erläuternder Bericht
Energiegesetz (EnG) Totalrevision der Liegenschaftskostenverordnung	01.01.2018 StHG 01.01.2020 DBG 01.01.2020	Änderungen im DBG und im StHG: - neu sollen auch Rückbaukosten im Hinblick auf einen Ersatzneubau abzugsfähig sein; - zudem sollen Aufwendungen für energetische Investitionskosten einschliesslich Rückbaukosten auf die zwei nachfolgenden Steuerperioden übertragen werden können, soweit sie im Jahr, in denen sie angefallen sind, steuerlich nicht vollständig berücksichtigt werden können. Das erste Massnahmenpaket zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 enthält auch steuerliche Massnahmen. Die Umsetzung dieser Massnahmen bedingt eine Totalrevision der Verordnung über den Abzug der Kosten von Liegenschaften des Privatvermögens bei der direkten Bundessteuer (Liegenschaftskostenverordnung).	Gesetz Botschaft Abstimmungsunterlagen Verordnung Erläuterungen zur Verordnung
Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (Änderung des DBG und des StHG)	Frühestens 01.01.2020	Umsetzung der Motion 14.3450 Luginbühl «Steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen». Neu soll im Gesetz ausdrücklich geregelt werden, dass Unternehmen insbesondere finanzielle Sanktionen mit Strafzweck und Bestechungsgelder nicht von den Steuern abziehen können.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung

Änderung	Inkrafttreten	Inhalt in Kürze	Erlass und Medienmitteilung
Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) (Vor-mals Steuervorlage 17 [SV17])	Frühestens 01.01.2020	Die STAF soll wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen in der Schweiz sicherstellen. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zu einem attraktiven Standort und damit zu Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Ausgangspunkt der Vorlage ist die Ablösung bestehender Steuerregimes, die nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards stehen. Ein sozialer Ausgleich soll über die AHV vorgenommen werden.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung
Anpassung des Beteiligungsabzugs im Zusammenhang mit der Ausweitung des Too-big-to-fail-Regimes (Änderung des DBG und des StHG)	Frühestens 01.01.2020	Mit der Vorlage soll der negative Effekt der Too-big-to-fail(TBTF)-Instrumente auf den Beteiligungsabzug bei der Gewinnsteuer beseitigt werden. Dazu sollen die an die Investoren bezahlten Zinsen und die in der Bilanz eingestellte Weitergabe der Mittel aus den TBTF-Instrumenten von der Berechnung des Beteiligungsabzugs ausgeklammert werden.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung
Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und Finanzinstitutsgesetz (FINIG)	Voraussichtlich 01.01.2020	Mit dem FIDLEG und dem FINIG sollen für Genossenschaftsbanken die Möglichkeit geschaffen werden, Beteiligungsscheine auszustellen. Diese sollen rechtlich gleich behandelt werden wie Partizipationsscheine bei Aktiengesellschaften. Die Vorlage bedarf Änderungen des MWSTG sowie der StV und der VStV	Gesetz Botschaft Medienmitteilung
Bundesgesetz über die Beseitigung der Heiratsstrafe und Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung	Frühestens 01.01.2020	Die Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer soll beseitigt werden. Damit soll eine jahrzehntelange Kontroverse beendet und die verfassungswidrige Mehrbelastung der betroffenen Ehepaare aufgehoben werden.	Gesetzesentwurf Botschaft Medienmitteilung
Erhöhung Abzüge für Kinderdrittbetreuungskosten	Frühestens 01.01.2020	Um dem Mangel an inländischen Fachkräften entgegenzuwirken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, sollen künftig höhere Abzüge bei den Kinderdrittbetreuungskosten in DBG und StHG möglich sein.	Gesetzesentwurf Botschaft

